

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Kein 'Oscar' für die Taleban

Unmittelbar nach der 'Oscar'-Verleihung wollen Prominente aus der Filmbranche auf die von den Taleban praktizierte "Gender Apartheid" aufmerksam machen. Dazu soll am 29. März in der 'Directors Guild' von Los Angeles eine große Veranstaltung stattfinden, an der Hollywood-Superstars teilnehmen wollen. Organisiert wird die Aktion in Zusammenarbeit mit der Frauenorganisation 'Feminist Majority' von Mavis Leno, Ehefrau des NBC-Talkmasters Jay Leno, der als Aktionär des Ölkonzerns UNOCAL dort bereits für den Abbruch eines Pipeline-Projektes in Afghanistan gesorgt hatte, und der Soap-Opera-Schreiberin Linda Bloodworth.

Präsident Bill Clinton nebst Gattin sowie CNN-Starreporterin Christine Amanpour wollen den Event per Video grüßen, Lionel Ritchie hat extra einen Song für die afghanischen Frauen geschrieben. 'Voice of America' und 'Radio Freies Europa' werden die Veranstaltung weltweit übertragen.

Neue Verbote und Strafen

Der Taleban-Justizminister hat Mitte März alle bunten Firmen- und Ladenschilder in Kabul verboten. Über 'Radio Sharia' (früher 'Radio Kabul') gab er bekannt, daß alle Schilder künftig in Blau und Weiß gehalten sein müßten.

Anfang Februar bestrafte die Taleban in Kabul mehrere Fleischer, weil sie überhöhte Preise verlangt hätten. Sie wurden mit Fleischermessern, die ihnen mit Klebeband am Kopf befestigt worden waren, durch die Straßen paradiert. Fünf der Beschuldigten mußten auf der Ladefläche von LKWs stehen, wo Taleban sie schlugen und zwangen, ihre Verbrechen laut herauszuschreien.

Wassermangel

Zu den 17 Staaten, die sich weltweit - einer Studie des Washingtoner 'International Water Management Institute' zufolge - in den nächsten 25 Jahren auf "absoluten Wassermangel" einstellen müssen, gehören auch Afghanistan, Pakistan und Teile Indiens. Danach werde die Nahrungsmittelproduktion hinter den Stand von 1990 zurückfallen. In Afghanistan erreichte die Getreideernte erstmals wieder den Vorkriegsstand von 1977/78.

Nur Taleban-Pilger willkommen

Saudi-Arabien wird in diesem Jahr nur afghanische Mekka-Pilger empfangen, die von den Taleban mit den entsprechenden Papieren ausgestattet werden. Beide Seiten hätten ein entsprechendes Protokoll unterzeichnet, meldete die pakistanische Zeitung 'The News/Jang' am 13. März. Die Bestimmungen betreffen auch Afghanen, die in Gebieten außerhalb der Kontrolle der Taleban leben, hieß es. Laut Taleban-Vize-religionsminister Maulawi Muhammad Muslim Haqqani werden in diesem Jahr insgesamt 8.500 Afghanen nach Mekka pilgern, davon 30 Prozent Frauen. Das Protokoll relativiert Einschätzungen, denenzufolge die Beziehungen zwischen den Taleban und Saudi-Arabien wegen der Nichtauslieferung des saudischen Dissidenten Usama bin Laden gestört seien. Zwar ist die saudische Botschaft in Kabul weiter geschlossen, aber Riad scheint die Taleban weiterhin als rechtmäßige Regierung zu betrachten.

Landkonflikt in Nangrahar

Die Verteilung von rund 540 Hektar Land in der Ostprovinz Nangrahar unter 600 zugewanderten Familien durch die örtlichen Taleban-Behörden hat zu Unruhe unter der ansässigen Bevölkerung geführt. Wie die 'Frontier Post' am 13. März berichtete, handelt es sich um die Familien von Händlern und Pro-Taleban-Kommandanten aus den Provinzen Logar und Paktia. Das Land liegt an der wichtigen Straße zwischen dem Grenzübergang zu Pakistan, Torcham, und der Provinzhauptstadt Jalalabad. Auch der amtierende Taleban-Provinzchef, Maulawi Kabir, stammt aus Logar. Die lokale Bevölkerung betrachtet das Land als ihr Eigentum. Nach einer Versammlung örtlicher Stammesvertreter habe es die Warnung gegeben, den Taleban könnte das gleiche Schicksal widerfahren wie dem von ihnen vertriebenen Gouverneur Haji Abdul Qadir, wenn sie ihre Entscheidung nicht revidierten. Ein entsprechender Appell sei auch an Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar gegangen.

UN- und 'amnesty'-Kritik an Taleban

Nach EU-Kommissarin Emma Bonino hat jetzt auch der UN-Sonderberichterstatter über religiöse Intoleranz, Abdel-

fattah Amor, den Taleban vorgeworfen, eine "Apartheid gegen Frauen" geschaffen zu haben. In einem Bericht für die bevorstehende Tagung der UN-Menschenrechtskommission heißt es, daß diese Politik "Frauen aus der Gesellschaft ausschließt und sie in eine Grauzone verbannt, in der sie weder Bürger noch sonstige Rechte genießen und wo ihre Unterordnung unter den allmächtigen Mann im Namen Allahs auf der Tagesordnung steht". Diese Politik sei "vom Standpunkt der Menschenrechte aus abnormal". Amor bezeichnet sie in seinem Bericht als "Obskurantismus, ein Produkt des religiösen Extremismus, der Religion und Politik im Interesse der Macht miteinander kombiniert".

Gleichzeitig beschuldigte 'amnesty international' die Taleban in ihrem letzten Bericht, im vergangenen Jahr über 200 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert, die meisten von ihnen gefoltert und mindestens zwölf getötet zu haben. Unter den Gefangenen seien Universitätsprofessoren, Führer lokaler und religiöser Gemeinschaften, frühere Armeemoffiziere, Beamte und einheimische Mitarbeiter von Hilfs- und UN-Organisationen, auch paschtunischer Herkunft. Einigen werde ein angeblicher Putschversuch vorgeworfen. 100 von ihnen seien immer noch in Haft, darunter Kinder, die als Geiseln für ihre entkommenen Väter festgehalten würden. Diese Verhaftungen wertet amnesty als Vorgehen gegen jene, die sich friedlich für die Schaffung einer Zivilgesellschaft einsetzen.

Wieder Mordanschlag auf afghanischen Politiker

Bei einem Mordanschlag auf den afghanischen Exilpolitiker Haji Sarferaz Kkan Rahimi in Peshawar sind dessen beide Söhne erschossen worden. Rahimi selbst, Mitglied des 'Afghanischen Rates für Verständigung', überlebte einer Meldung der BBC zufolge den Anschlag mit Verletzungen. Mitte Februar wurden in Karachi ein Taleban-Anhänger und sein 16jähriger Sohn auf offener Straße erschossen.

UNO vor Rückkehr nach Afghanistan

UN-Sprecher Fred Eckhard hat am 12. März angekündigt, die Weltorganisation wolle nach siebenmonatiger Pause einen Teil ihres ausländischen Personals nach

Afghanistan zurückschicken. Eckhard verwies in diesem Zusammenhang auf Fortschritte bei der Aufklärung des Todes dreier UN-Mitarbeiter im Sommer 1998 und verbesserte Sicherheitsbedingungen in Kabul, Herat, Jalalabad und Kandahar. Die Taleban hatten zuvor dem Afghanistan-Beauftragten von UN-Generalsekretär Kofi Annan, Lakhdar Brahimi, die Sicherheit des UN-Personals garantiert. Die Taleban-Nachrichtengruppe 'Bakhtar' meldete, innerhalb von zwei Monaten wolle die UN ihr Büro in Kabul wiedereröffnen.

Kämpfe im Hazarajat

Nach der Eroberung des zentralafghanischen Hazarajat durch die Taleban im Sommer 1998 halten dort die Kämpfe weiter an. Die Taleban scheinen nun die wichtigsten Ortschaften sowie die Verbindungswege zu kontrollieren. Nach Augenzeugenberichten haben die Taleban aber auch dort meist nur kleine Garnisonen stationiert, meist aus nicht-paschtunischen (d.h. übergelaufenen) Kämpfern bestehend. In den Berggebieten sind weiter Guerilleros der schiitischen 'Islamischen Einheitspartei' ('Hezb-e Wahdat-e Islami') aktiv. Anfang März vertreiben sie die Taleban aus dem wichtigen Ort Yakaolang im zentralnördlichen Hazarajat, auch Darra-ye Suf - der südliche Zugang zur nordafghanischen Metropole Mazar-e Scharif - ist umkämpft und wechselte mehrmals den Besitzer.

Frauentag in Peshawar

Sprecherinnen auf einer Frauentagsfeier am 8. März in Peshawar haben die pakistanische Regierung beschuldigt, sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen und sie aufgefordert, dies einzustellen. "Pakistan ist gleichermaßen (wie die Taleban) dafür verantwortlich, was den Frauen in Afghanistan geschieht", sagte Saima Karimi von der 'Revolutionary Association of Women of Afghanistan' (RAWA). Auch ein Sprecher der Pakistan 'Awami Party', Fanoos Gujjar, unterstützte diese Aussagen. "Wenn Pakistans Regierung demokratisch ist, dann sollte sie die demokratischen Kräfte in Afghanistan unterstützen", sagte er. Am gleichen Tag und aus gleichem Anlaß fand auch eine Kundgebung von rund 300 afghanischen, vor allem Hazara-Frauen, in Quetta statt, die gegen alle afghanischen Fraktionen protestierten.

Rabbani politischer Chef der neuen Nordallianz

Der frühere afghanische Präsident Burhanuddin Rabbani ist Anfang März

zum Vorsitzenden eines neuen, 40köpfigen 'Führungsrates' der Anti-Taleban-Allianz aus Intellektuellen und Mujahedin-Kommandanten gewählt worden. Allianzsprecher Muhammad Yunus Qanuni erklärte, der Rat werde das "höchste Entscheidungsgremium" der Opposition sein. Zu seinen Mitgliedern gehören unter anderem Abdul-Rabb Rasul Sayyaf ('Ittehad-e Islami'), der frühere Stellvertreter Hekmatyars, Wahidullah Sabawun ('Hezb-e Islami') und der frühere Chef der Schura von Jalalabad, Haji Abdul Qadir, alles Paschtunen.

Der Rat werde ein Kabinett aus zwölf Ministern bilden. Außerdem wurde beschlossen, ein aus 150 Mitgliedern aller ethnischen Gruppen des Landes bestehendes Parlament zu schaffen, zu dem auch 20 bis 30 Frauen gehören sollen. An dem Treffen waren Vertreter von sechs Anti-Taleban-Parteien beteiligt: 'Ittehad-e Islami', 'Hezb-e Islami (Sabawun)', zwei Flügel der 'Hezb-e Wahdat (Khalili und Mohaqqueq)', 'Harakat-e Islami (Mohsini Group)' sowie von Rabbani und Masuds 'Jamiat-e Islami'.

Rettet Afghanistans Wälder!

Pakistanische Forstexperten haben den Beschluß der North West Frontier-Provinzregierung vom Oktober 1998 scharf kritisiert, wieder Holzimporte aus Afghanistan zuzulassen. Der Entscheidung hatte auch die Zentralregierung in Islamabad zugestimmt. "Der Beschluß würde sicher Pakistan nutzen, weil er den Druck von seinen eigenen Waldreserven nehmen würde, aber er würde den entgegengesetzten Effekt auf die natürlichen Ressourcen des kriegszerstörten Afghanistan haben", sagte Waldschützer G.M. Khattak der Zeitung 'Dawn'. "Im allgemeinen unterstützen wir den Import von Bauholz, aber der sollte nicht aus einem Land kommen, das bereits seine meisten Wälder verloren hat", meinte Omer Asghar Khan von der Entwicklungsstiftung 'SUNGI', die sich um die Walderhaltung in der Hazara Division (NWFP) einsetzt. Außerdem fördere dies die Bodenerosion, was Pakistans Megaprojekt - dem Bau des Tarbela-Staudamms mit angeschlossenen ausgedehnten Bewässerungssystem - widerspreche. Er machte ferner darauf aufmerksam, daß auch Holz aus "Stammesgebieten" (FATA) wie der 'Kurram Agency' und Malakand illegal nach Afghanistan transportiert und später mit gültigen Papieren reimportiert werde. Die Regierung hatte ihren Schritt mit der Notwendigkeit begründet, das Steuereinkommen zu erhöhen.

Eine "überraschende" Erkenntnis

Pakistanische Behörden haben die

Taleban darüber informiert, daß sie über die Ausbildung von Terroristen auf afghanischem Territorium besorgt sind, die anschließend in Pakistan aktiv würden. Jahanzeb Bakri, der Polizeichef von Punjab, erklärte vor Journalisten, diese Erkenntnis habe sich nach der Festnahme von 75 Terroristen in seiner Provinz ergeben, die ausgesagt hätten, sie hätten in Afghanistan eine Sonderausbildung durchlaufen. Pakistan sei über diesen Umstand "sehr besorgt", denn das bedrohe Pakistans Sicherheit.

Taleban planen "islamisches Banksystem"

Taleban-Finanzminister Mullah Muhammad Tahir Anwari hat in Pakistan Gespräche mit Ökonomen und geistlichen Gelehrten über eine mögliche Übernahme des zinsfreien Bankwesens geführt. Die Taleban erwarten, daß diese Initiative eine große Anzahl von Geschäftsleuten veranlassen werde, ihr Kapital der 'Islamischen Bank von Afghanistan' anzuvertrauen. Die Bank solle in Peshawar gegründet werden und über Filialen in allen wichtigen afghanischen Städten verfügen.

Iran und die Taleban

Anfang Februar sind in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) erstmals hochrangige Abgesandte der Taleban mit iranischen Regierungsvertretern zusammengetroffen, um über die gespannten Beziehungen zwischen ihren Ländern zu beraten. Dies berichtete die 'Neue Zürcher Zeitung'. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind gespannt, seit die Truppen der Taleban bei ihrem Vormarsch im August acht iranische Diplomaten und einen Journalisten getötet hatten. Iran zog daraufhin Truppen zu einem Manöver an der Grenze zu Afghanistan zusammen. Auch Irans Regierung dementierte, daß die Gespräche eine Änderung von Teherans Afghanistan-Politik darstelle. Iran verlangt, daß die Taleban die Mörder der neun Iraner ausfindig machen und bestrafen.

China und die Taleban

China und Afghanistans Taleban-Regierung haben im Februar vereinbart, eine regelmäßige Flugverbindung zwischen Urumtschi (Xinjiang/Chinesisch-Turkestan) und Kabul zu eröffnen. Dies war das Ergebnis eines Besuches einer chinesischen Außenministeriumsdelegation in Kabul, die unter anderem den Zustand der Peking-Botschaft in der afghanischen Hauptstadt inspiziert hatte. Auch die Handelsbeziehungen sollen erweitert werden. Eine Sprecherin des Außenamtes in Peking betonte je-

doch, dies bedeute keine Änderung der chinesischen Haltung zur Afghanistan-Frage: friedliche Lösung und keine diplomatische Anerkennung der Taleban. China ist Mitglied der 6+2-Gruppe, die aus den USA, Rußland und den sechs Nachbarn Afghanistans besteht.

Beobachter meinen, der Besuch habe vor allem im Zeichen des chinesischen Interesses gestanden, den Waffen- und Drogenhandel nach Xinjiang zu unterbinden, wo muslimische Separatistengruppen teilweise bewaffnet den Taleban naheifern und sich "Taleblar" (türkische Variante von Taleban) nennen. Die 'Frankfurter Rundschau' hatte am 15. März berichtet, eine dieser Gruppen habe auch Kontakte zu den Taleban und dem arabisch-islamistischen Terroristenchef Usama bin Laden gesucht, sei aber mit leeren Händen zurückgekehrt.

Wo ist Usama bin Laden?

Seit dem 13. Februar ist Usama bin Laden, der saudische Dissident, der von den USA für die verheerenden Bombenanschläge Mitte 1998 auf ihre Botschaften in Kenia und Daressalam verantwortlich gemacht wird, aus seinem Exil im afghanischen Kandahar verschwunden. Auch die Taleban, unter deren Schutz Usama stand und die die von Washington verlangte Ausweisung bisher ablehnten, wollen angeblich nicht wissen, wo er sich aufhält. Seitdem reißen die Gerüchte über seinen neuen Aufenthaltsort nicht mehr ab: Kosovo oder Südpalinen, Tschetschenien,

Irak oder Sudan... Islamistengruppen aus Kashmir und Jemen hatten Einladungen an Usama ausgesprochen. Inzwischen gehen die meisten Beobachter aber von einem Verwirrspiel der Taleban aus, um die Spuren des Gesuchten zu verwischen, das von pakistanischen Geheimdiensten unterstützt wird. Auf dortige "hochplazierte Quellen" ging auch ein AFP-Bericht zurück, Usama sei an der iranischen Grenze auf dem Weg nach Bagdad gesehen worden. An dieser Variante sind auch westliche Quellen sehr interessiert, möglicherweise, um einen weiteren Vorwand zur Bombardierung Iraks ("Schutz von Terroristen") zu haben. Entsprechenden Widerhall fanden "Bestätigungen" der irakischen Exillianz INC, die allerdings von der CIA finanziert wird.

Die Taleban hatten nach Besuchen der Vizeaußenminister aus den USA und Großbritannien, Karl Inderfurth und Derek Fatchett, bei denen auch direkte Gespräche stattfanden und erneut die Auslieferung verlangt wurde, Usama angeblich unter Hausarrest gestellt und sein Satellitentelefon beschlagnahmt, um seine Außenkontakte zu unterbinden. Usama hatte ihnen angeblich versprochen, sich jeglicher politischer Tätigkeit zu enthalten.

Inzwischen soll Usama an verschiedenen Orten in Afghanistan gesehen worden sein. Die 'Frontier Post' (Peshawar) berichtete, er halte sich in der nordafghanischen Provinz Baghlan auf, die vom Taleban-Kommandanten Bashir Baghlani beherrscht wird. Baghlani gehörte früher zur ISI-Lieblingsfraktion

'Hezb-e Islami Afghanistan' von Gulbuddin Hekmatyar. Dann hieß es, eine Taleban-Delegation unter Leitung von Vizeaußenminister Mullah Abdul Jalil habe Usama im ostafghanischen Jalalabad besucht. Er soll versucht haben, ihn zu überreden, nach Kandahar zurückzukehren. Auf jeden Fall nutzt das "Verschwinden" Usamas vor allem den Taleban, die jetzt jede Verantwortung für Usama los sind.

Afghanischer Eierkrieg

Eine für europäische Verhältnisse fremdartiger Begebenheit trug sich im Januar in Ostafghanistan zu. Dort versuchten die Taleban - die schon Sport, Drachensteigen, das Halten von Singvögeln und Instrumentalmusik verboten haben -, der Bevölkerung im Distrikt Gurbuz (Paktia) ihr traditionelles Spiel "Eierkampf" als ebenfalls unislamisch zu verbieten. Dabei wird ein gekochtes Hühnerfleisch so gegen das des Gegners geschlagen, daß das eigene ganz bleibt, das andere jedoch platzt - welches man so gewinnt. Als sie mit Waffengewalt gegen Eierkämpfer vorgingen, wehrten sich die Dorfbewohner, sechs Personen kamen ums Leben. Anfang Februar meldete 'Radio Sharia' aus Kabul, der Streit sei beigelegt. Mullah Omar höchstpersönlich sprach ein Urteil: Der Eierkampf sei künftig zu tolerieren. Die Leute von Gurbuz versprachen im Gegenzug, weiterhin die Taleban zu unterstützen.

Wende in Aschchabad?

Kriegsparteien einigen sich über eine Machtteilung

von Thomas Ruttig

"Ich würde nicht sagen, daß das die letzte Chance ist, aber ich würde an sie appellieren, das afghanische Volk nicht noch einmal zu enttäuschen", hatte der Afghanistan-Beauftragte der UN, Lakhdar Brahimi, Anfang März den dortigen Kriegsparteien nahegelegt. Am 14. März bestätigten die ultra-islamistischen Taleban, die 80 bis 90 Prozent des Landes kontrollieren, und ihre Gegner von der 'Vereinigten Nationalen Islamischen Front zur Rettung Afghanistans' nach viertägigen Gesprächen in der turkmeni-

schen Hauptstadt Aschchabad: Sie wollen eine "vereinte und repräsentative" Koalitionsregierung unter Beteiligung "aller politischen Kräfte des Landes", ein gemeinsames Parlament bilden und eine gemeinsame Rechtsprechung aufbauen. "Sollte die Frage der Zusammenstellung der neuen Regierung gelöst werden", hieß es bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, "so regelt sich die Frage eines Waffenstillstands von selbst". Die Taleban-Delegation war von ihrem Chefsprecher Wakil Ahmad

Muttawakil geleitet worden, die der gegnerischen Allianz von deren Sprecher Muhammad Yunus Qanuni.

Ein Sprecher der Taleban-Gegner erklärte gegenüber CNN, man habe die Fortsetzung der Verhandlungen über Detailfragen für "so bald wie möglich" vereinbart, "möglichst innerhalb Afghanistans". Er wies darauf hin, daß die Geschichte Afghanistans gezeigt habe, daß Frieden nicht lange halte, wenn eine Gruppe die Regierung dominiere.

Die Einigung von Aschchabad kam